

Abonnements:

Monatlich 85 Pfennig einschließlich Frägerlohn; durch die Post bezogen bei Selbstabholung vierfachjährlich Mark 2,55, monatlich 85 Pfennig. Erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Telegramm-Adresse:
"Volksstimme, Frankfurt am Main".
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Dr. Max
Luzac, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weißstraße 49, Telefon 1026 - Expedition: Bleichstraße 9, Telefon 3715.

Verantwortlich für den Inseraten-Teil: Georg Maier.
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 151

Freitag den 30. Juni 1916

27. Jahrgang

Die Preisgabe der Londoner Deklaration.

Neuer Russenvorstoß bei Kolomea.

Eine Wendung in der deutschen Eisenbahnerbewegung.

Die weligeschichtliche Zeit, die uns zu durchleben beginnt, ist die Zeit gewaltiger Umwandlungen und Umstürze, hat den deutschen Eisenbahner eine neue Organisation gebracht. Am 1. Juli 1916 tritt der Deutsche Eisenbahner-Verband (Sitz Berlin) ins Leben; eine Organisation, die sich über das ganze Deutsche Reich erstreckt und die Angestellten, Handwerker und Arbeiter der staatlichen und privaten Eisenbahnbetriebe, einschließlich der Nebenbetriebe umfasst soll.

Als in den ersten Wochen des Krieges den deutschen Arbeitern die sogenannte Neuorientierung unserer inneren Politik für die Zeit nach dem Kriege von der Reichsregierung versprochen wurde, vermachte diese Zusage nur für einen Augenblick die Arbeiter zu bestreiten. Je länger aber der Krieg dauert, desto mehr drängt sich die Notwendigkeit auf, unsere innerpolitischen Verhältnisse schon jetzt in der Kriegszeit mehr und mehr für die Zeit nach dem Kriege einzurichten.

Der Krieg hat dazu geführt, daß Regierung, Verwaltungsbüroden und Bürgertum die Gewerkschaften als notwendige Faktoren im Wirtschaftsleben anerkennen und in die notwendige Gesellschaftsänderung einwilligen müssen, um den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Aufgaben während und nach dem Kriege zu ermöglichen. Der Krieg hat die Verwaltungen der Staatsbahnen gezwungen, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in sehr großer Zahl in den Eisenbahndienst einzustellen. Gewerkschaftliche Arbeitsnachweise wurden in Anfrisch genommen zur Vermittlung der notwendigen Arbeitskräfte und die Eisenbahnverwaltungen haben sich geöffnet, um sich die Arbeitskräfte zu sichern, zu erklären, daß keinem Arbeiter wegen seiner Angehörigkeit zur Gewerkschaft irgend welche Schwierigkeiten bereitet werden sollen. Mehr als 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind seit Beginn des Krieges in den Dienst der Staatsbahnen neu eingestellt worden, von denen der größte Teil gewerkschaftlich organisiert ist. Die Organisationsverbote und Beschränkungen, die bei den größten Staatsbahnenverwaltungen vor dem Kriege in Uebung waren, mußten aufgehoben werden. Diese gänzlich veränderten Verhältnisse mußten dazu führen, daß die Gewerkschaften zur Organisationsfrage der Eisenbahner Stellung nehmen.

Die vom preußischen Eisenbahnminister am 4. Januar 1916 erlassene neue Arbeiter-Dienstordnung löst zwar die Beschäftigung sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter zu verbieten; aber noch wie vor den Eisenbahnerarbeitern die Bezeichnung an Organisationen, die den Streik als zulässiges Kampfmittel erachten und unterstützen. Diese Bestimmung findet vor auszwingenden Gründen während des Krieges keine Anwendung, aber noch den öffentlichen Erklärungen des Ministers würden die Tausende gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die während des Krieges ausnahmsweise eingestellt worden sind, keine Rückicht haben, mit den andern Eisenbahnerarbeitern im Dienstverhältnis gleichgestellt zu werden; sie würden entweder nach dem Kriege alle ihre Entlohnung zu gewähren oder mindestens auf alle Vorteile, welche die ständigen Arbeiter der Staatsbahnen genießen, zu verzichten haben. Dem nach Möglichkeit vorzubehalten ist eine notwendige Aufgabe der Gewerkschaften. Hinzu kommt, daß im Gegensatz zu den sogenannten nationalen Eisenbahnerverbänden, die auch heute noch die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften als eine ihrer Aufgaben betrachten, die freien Gewerkschaften die Rechts- und Dienstverhältnisse der Eisenbahner nicht durch ein besondere Staatsarbeiterrecht, sondern im Rahmen eines allgemeinen Arbeitsrechts, in dem die besonderen Aufgaben der Staatsbahnen gebührenden Beachtung und Verfestigung finden können, gerecht wissensollen. Die Gewerkschaften erkennen ferner die Notwendigkeit, den vielen Tausenden von Eisenbahnern, die die Verstrebungen der genannten Verbände nicht unterstützen wollen, die aber bisher den Organisationsverbote folge leidlichlich auf von den freien Gewerkschaften fernhielten, die Möglichkeit zu schaffen, die Regierung zur Sonderbündel und den Kriegsgeist abzustellen und an der Arbeiterbewegung allgemeinen Anteil nehmen zu können.

In Verücksichtigung aller dieser Umstände haben die Vorstände der in Frage kommenden gewerkschaftlichen Zentralverbände der Ruyförschule, Walter, Moldinissen, Metallarbeiter, Sattler und Transportarbeiter unter Mitwirkung der Generalkommission der Gewerkschaften nach mehrfachen Beratungen beschlossen, ohne Preisgabe ihres Grundsohnes künftiglich der Berufsbeamten Andultrieraorganisation und ohne gegen den Beschluss des Münchener Gewerkschaftskongresses betreffend die Organisierung der in staatlichen oder kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter, zu verzichten, freiwillig auf die Organisierung der Eisenbahner zu verzichten und ihren im Betriebe der Eisenbahnen und deren Nebenbetrieben beschäftigten Mitgliedern zu empfehlen, sich dem am 1. Juli ins Leben trenden Deutschen Eisenbahnerverband anzuschließen.

nalen Betrieben beschäftigten Arbeiter, zu verzichten, freiwillig auf die Organisierung der Eisenbahner zu verzichten und ihren im Betriebe der Eisenbahnen und deren Nebenbetrieben beschäftigten Mitgliedern zu empfehlen, sich dem am 1. Juli ins Leben trenden Deutschen Eisenbahnerverband anzuschließen.

Der Verband beweist nach § 2 seiner Satzungen die wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung seiner Mitglieder. Insbesondere ist das Bestreben des Verbandes gerichtet auf Errichtung möglichst günstiger Lohn- und Dienstverhältnisse; möglichste Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, sowie Ausdehnung der Ruhepausen und des Erholungsurlaubs; Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse zu selbstständigen Vertretungskörperschaften; Errichtung von obligatorischen Schiedsinstanzen auf paritätischer Grundlage für die Entscheidung der aus dem Arbeits- oder Dienstvertrag sich ergebenden Streitfälle; Veranstaltung von Versammlungen und Vorträgen zur Förderung der Bildung und des Wissens und zur Erörterung beruflicher und sozialer Angelegenheiten der Mitglieder; Unterstüzung der Mitglieder und Gewährung von Rechtschutz; Förderung des Volksbewußtseins, des solidarischen Geistes und des geselligen Verkehrs unter den Mitgliedern; Herausgabe einer in diesem Sinne geleiteten Zeitschrift. — Die Reichsleitung der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes löst sich am 1. Juli auf, ihre Mitglieder treten zum Deutschen Eisenbahnerverband mit den lösungsfähigen Rechten über. In gleicher Weise werden die Vorstände der beteiligten Organisationen ihre im Eisenbahndienst beschäftigten Mitglieder verauslassen, od. 1. Juli 1916 ihren Übertritt zum Deutschen Eisenbahnerverband zu bemühen. Das Organ der Reichsleitung des Transportarbeiterverbandes, der "Werkf" erscheint vom 8. Juli ab als Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Mit der Gründung des neuen Verbandes, in dessen Satzungen die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsanstalten beachtet werden, dessen wirtschaftliche und soziale Bestrebungen frei von politischer oder religiöser Fördnung den Verhältnissen in den Betrieben der Staatsbahnen Rechnung tragen, ist die Grundlage für die seit Kriegsbeginn in ansteigendem Maße von den Eisenbahnen propagierte Einheitsorganisation geschaffen. Diese Organisation auszubauen und zu festigen, ist eine Aufgabe, die mit voller Hingabe während der Kriegszeit erfüllt werden muß. Sie mit der Leitung des Verbandes betrauten Vertrüger dafür, daß die neue Organisation vom Geist der modernen Gewerkschaften erfüllt und getragen wird. Der Verband wird ein neues Mitglied sein in der Reihe der deutschen Gewerkschaften, in dem die zerstreutten Kräfte zusammengeführt sind zum einheitlichen Wirken, zur Wahrung und Vertretung der Interessen der Eisenbahner, zur Befahrung ihrer sozialen Lage. Glück auf! dem Deutschen Eisenbahner-Verband!

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholte, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 29. Juni. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Das Gesamtbild an der englischen und am Nordflügel der französischen Front ist im wesentlichen das gleiche, wie am vorhergehenden Tage; die Vorstöße feindlicher Patrouillen und stärkerer Infanterieabteilungen, sowie auch die Gasangriffe sind zahlreicher geworden. Nebenall ist der Gegner abgewiesen; die Gaswellen blieben ohne Ergebnis. Die Artilleriekämpfe erreichten teilweise große Heftigkeit.

Auch an unserer Front nördlich der Aisne und in der Champagne zwischen Aubérive und den Argonne entfalteten die Franzosen lebhafte Feuerkraft; auch hier wurden schwächere Angriffe leicht zurückgeschlagen.

Rechts der Marne fanden nordwestlich des Werkes Thiaumont kleinere Infanteriekämpfe statt.

*) Der bis zur Generalversammlung des Verbandes fungierende Vorstand setzt sich zusammen: 1. Brunner, 1. Vorsitzender; 1. Dräger, Hauptpfarrer (Eisenbahner); 1. Siering (Metallarbeiter); 1. Blum (Sattler); 1. Schumann (Transportarbeiter); 1. Seitz (Kupferschmied); 1. Nalewka (Walter und Passierer); 1. Schießel (Metallarbeiter). Revisor für Berlin. Zwei weitere Revisoren sind noch von den Kreisverwaltungen Hamburg, Hochburg und Dresden zu wählen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Russische Angriffe einiger Kompanien zwischen Dubatowka und Smorgon scheiterten im Speerfeuer. Bei Gussitschi (südöstlich von Lubitscha) stürzte eine deutsche Abteilung eines feindlichen Stützpunkts östlich des Niemen, nahm 2 Offiziere, 56 Mann gefangen und erbeute 2 Maschinengewehre und 2 Minenwerfer.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Bién, 29. Juni. (W. B.) Amtlich wird verlautbart: Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Izvor in der Bulawayaz sprengten unsere Abteilungen ein russisches Kavallerie-Regiment. Im Raum östlich von Kolomea erneuerte der Feind gestern in einer Frontbreite von 40 Kilometern seine Massenangriffe. Es kam zu erbitterten wechselseitigen Kämpfen. In zahlreichen Punkten gelang es dem aufopfernden Kriegsteilnehmer herbeizuhelfen. Rieser, den überlegenen Gegner im Handgemenge zu werfen, jedoch mußte schließlich in den Abendstunden ein Teil unserer Front gegen Kolomea und südlich davon zurückgenommen werden. In der Donetschlange nördlich von Oberu wiesen österreichisch-ungarische Truppen zwei überlegene russische Angriffe ab. In gleicher Weise scheiterten alle Versuche des Gegners, die westlich von Nowo-Pozaia verschwanzten Abteilungen des Österreich-Infanterie-Regiments Nr. 67 zu wecken.

In Wolhynien verließ der Tag verhältnismäßig ruhig.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern nachmittag begannen die Italiener einzelne Teile unserer Front auf der Hochfläche von Dobrodoljevici zu beschließen. Abends wirkten zahlreiche schwere Batterien gegen den Monte San Michele und den Raum von San Martino. Nachdem sich dieses Feuer auf die ganze Hochfläche ausgedehnt und zu starker Stärke verstiegt hatte, gingen die feindlichen Infanterie zum Angriff vor. Nun entzündeten sich, namentlich am Monte San Michele, bei San Martino und östlich von Vermialian-leste heftige Kämpfe, die noch fortduern. Alle Vorstöße des Feindes wurden zum Teil durch Gegenangriff abgeschlagen. Am Gözzer Brückenkopf griffen die Italiener den Südtteil unserer Podgora-Stellung an, drangen in die vordersten Gräben ein, wurden aber wieder hinausgeworfen.

Between Brenta und Eisbach gingen feindliche Abteilungen verschiedener Stärke an vielen Stellen gegen unsere Front vor. Solche Vorstöße werden im Raum des Monte Zabis, nördlich des Posina-Tales, am Monte Testo, im Brandtal und am Augna-Rücken abgewiesen. In diesen Kämpfen haben unsere Truppen etwa 200 Gefangene gemacht.

Südostlicher Kriegsschauplatz.

Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Neue Anstürme.

Ungeheure Anstürme auf die deutschen Fronten im Westen und im Osten haben die letzten Tage gebracht. In der knappen Sprache der Heeresberichte der Zentralmächte kommt die Wucht der Ereignisse nicht immer sofort zur Geltung, aber unsere brauen Verteidiger drohen spüren sie als unerhörte Anstrengungen der Gegner, sie niederzuwerfen.

Im Westen sind während der letzten Kampftage von den Franzosen ganze Heere gegen die wichtigen Stellungen

vorgenommen worden, die wir auf den Höhenrücken „Molte Erde“ und in den Panzerwerken von Thionmont nahmen. Die Kriegsberichterstatter betonen, daß die französischen Anstrengungen sowohl nach der Zahl der angebotenen Kräfte, wie nach der Zahl der Wiederaufbauten und der dabei bewiesenen Ausdauer und Geduldserachtung zu den grausamsten und blutigsten gehören, die uns die Franzosen bisher gezeigt haben. Durch vernichtendes Sperrfeuer hindurch drangen die Gegner zum Radanlauf in unsere Gräben, um dort von unten heraufsteigen Truppen immer wieder zurückgeworfen zu werden. Unsere Gewinne bis Meurin und nach Vaux zu östlich der Maas werden mit eiserner Energie behauptet. Das durchdringende Ringen zeigt unseren Soldaten bis zum letzten Mann, welchen Wert unsere Gewinne in dieser Gegend haben. Der französische Tagesschiff vom 28. Juni spricht lediglich von „lebhaften Kämpfen“ im Vorfeld von Thionmont. In Wirklichkeit erlitt die französische Armee dort seit dem 25. Juni eine schauerliche Niederlage nach der anderen. Auf dem nördlichen Teil der Westfront dauert die Abwehrkraft der Engländer im Abstand unserer Stellungen ebenfalls fort. Nach einer Meldung aus Amiens sind in London zwischen den Heeresleitungen des Bierverbandes und den Kriegs- und Marine-Ministern zur Zeit Verhandlungen über die Bedürfnisse des nächsten Winterfeldzuges statt. Ein besonderer Kriegsrat soll demnächst folgen.

An der Ostfront bleiben wir im Rücken und im Zentrum des Russen auf den Boden, jedoch ihre Offensive dauernd verhindert wurde. Aus dem Süden dagegen meldet der neuwiede Österreichische Kriegsbericht einen neuen erfolgreichen Vorstoß des Gegners. Am Mame ist sich von Solomea erneut danach der Feind vorgezogen in einer Frontbreite von 10 Kilometern seine Pfeilangriffe. Es kam zu erbitterten, wechselseitigen Kämpfen. An zahlreichen Punkten gelang es dem anopfernden Gegner herbeiziehender Reserve den überlegenen Gegner im Handgemenge zu werfen, jedoch mutwilliglich in den Abendstunden zu Tief unter der Front gegen Solomea und südlich davon zurückgenommen werden. Solomea steht im südlichen Bogen von Solomea am ersten Drittel der Eisenbahnlinie, die von Cernowits aus der Befreiung nach der polnischen Hauptstadt Lemberg führt. Es ist dem Gegner also hier noch gelungen, seine Erfolge auszubauen und mit dem zurückgeworfenen Cernowitz als Basis nordwestlich vorzustoßen. Nun wird sich die Richtung der deutsch-österreichischen Abwehraktionen auch noch dieser bedrohten Seite ausdehnen müssen.

In Rumänien, das natürlich sehr angestrengt nach dieser Seite des Kriegsschauplatzes ausdehnt, gab es einen neuen russisch-rumänischen Zwischenfall. Am Dienstag fuhr ein aus Ismail kommendes russisches Torpedoboot in den rumänischen Donaukanal. Erst nachdem die rumänischen Grenzwachen mehrere Schüsse abgegeben hatten, leistete der Kommandant der Aufforderung zum Stillstande Folge. Der Kommandant erklärte, daß er auf der Fahrt nach Willow sich „zufällig“ in die rumänischen Gewässer verirrt habe, wofür er um Entschuldigung bat. Das Torpedoboot wurde freigegeben.

Die Preisgabe des internationalen Seerechts.

Die Londoner Declaratio war eine der wenigen internationales Abmachungen über das Seerecht, die die rücksichtlose Verwüstung des Seegüter während eines Feldzugs durch internationale Vereinbarungen zwischen den Befreiungsmächten und der England nach langem Börgern und Verhandlungen mit Deutschland vor dem Kriege eingetreten waren. Während des jetzigen Kriegs hat England diese Abmachung einseitig Stück um Stück aufgehoben und ausgedrückt verletzt, namentlich dadurch, daß es Lebensmittelzufuhren nach Deutschland aus neutralen Ländern als Bannware erklärte, selbst aber den Idiotengeschäftshandel nicht bloß in Lebensmitteln, sondern auch in Munition mit Amerika trieb.

Jetzt hat es ganze Arbeit gemacht. Lord Robert Cecil teilte im Unterhaus das Resultat einer zwischen der englischen und französischen Regierung abgeschlossenen Konferenz mit. Man kam dahin überein, daß es nicht wünschenswert sei, daß die beiden Verbündeten auch noch fernherhin die Londoner Declaratio teilweise als Recht anerkennen. Der König soll in dem Sinne unterrichtet werden, daß er die bereits erlossene königliche Verfügung, die Änderungen in der Londoner Declaratio vornehmen, zurückzieht. Lord Cecil

sprach den Wunsch aus, daß auch die anderen Verbündeten diesem Beschlusse zustimmen sollten.

Das bedeutet die offene Preisgabe jedes internationalen Seerechts und die Erklärung der englischen Willkür als Regel für die Fortsetzung des Seekriegs. Das geben die Londoner Blätter ganzähnlich zu. Die Preisgabe der Erklärung wird von der ganzen Presse als die logische Folge der bereits eingetretenen starken Änderungen dieser Erklärung bezeichnet, und „Morning Post“ überschreibt ihren Artikel: „Wieder etwas weiter in der Blockade.“ Das Blatt meint: „Wenn die Regierung etwas ehrlicher gewesen wäre, hätte sie die Erklärung bereits bei Beginn des Krieges abgeschafft.“ Dieser vernichtenden Kritik englischer Regierung grundsätzlich aus dem Munde der englischen Presse selbst ist vom deutschen Standpunkt kein Wort hinzuzufügen!

Das Todesurteil gegen Roger Casement.

London, 21. Juni. (W. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Der Prozeß gegen Casement ist beendet. Casement ist des Hochverrats schuldig befunden und zum Tode verurteilt worden.

In der Verhandlung hatte der Lord Oberrichter erklärt, daß, wenn jemand sich den Feinden des Königs außerhalb des Reichs anschließe, die Tafel des Hochverrats bestände. Der Advoat Casements teilte hierauf mit, daß er seine Zeugen vorbringen werde, daß aber Casement eine Erklärung abgeben werde, daß aber Casement eine Erklärung abgeben werde. Danach werde er, der Advoat sein Blaupapier beginnen. Am Nachmittag verlas dann Casement, bleich und mit vor Bewegung bebender Stimme seine Erklärung. Er sagte darin, er habe niemals den Feind geraten, an der Seite der Türken und der Deutschen zu kämpfen, sondern er habe stets dargelegt, daß sie nur allein das Recht hätten, für Irland zu kämpfen. Er habe Deutschland niemals verlassen, als er dort hingekommen sei. Niemals habe er einen Penny deutscher Geldes angenommen. Der Aufstand in Irland sei nicht durch Deutschland hergerufen und sein Penny deutscher Geldes sei hierfür benutzt worden. Der Beweis für das Gegenteil ist sicher nicht erbracht worden. Aber das Urteil wurde aus politischen Gründen, zur Abschreckung für die kleinen Nationalitäten, die Wahrheit und die Gerechtigkeit zu schützen.

Außerhalb Irlands hat wirklich niemand die trügerischen Verdächtigungen der dortigen Behörden ernst genommen. Daß sich jetzt in erster Linie die russische Sozialdemokratie der schändlich Geschädigten annehmen muß, ist außerdem bezeichnend für die innerpolitische russische Lage und die tragende Rolle, die der Liberalismus dort spielt.

Man merkt den Augenblicken Schweden deutlich an, unter welchem hohen Druck seitens Englands sie gemacht werden muhten!

Zur Judenbehandlung in Russland.

Bei der Beratung der Anträge zur Befreiung der Juden in der Reichsduma sprachen alle sozialistischen Abgeordneten. Tschischko stellte fest, daß selbst die Arbeiter jüdischen Gläubens in den Kriegswaffen unbedingt aus Polatsburg ausgetrieben werden. Das Kapital, erklärte der Redner, sei bezeichnend für die Unterdrückung der Hölle des Volkes. Tschischko berichtete, nach dem Verhandlungsprotokoll des Ministeriums habe der Reichskontrollleur Bobrowski ausdrücklich den Auftrag erhalten, an der Kriegskonferenz, die von England gewünschte Aufhebung aller Beschränkungen der Nationalitäten nicht anzugeben. Die Regierung vereute die Unlauterkeit ihrer diplomatischen Worte, wenn sie trotzdem fernerhin behauptete, den Krieg für die kleinen Nationalitäten, die Wahrheit und die Gerechtigkeit zu führen.

Außerhalb Russlands hat wirklich niemand die trügerischen Verdächtigungen der dortigen Behörden ernst genommen. Daß sich jetzt in erster Linie die russische Sozialdemokratie der schändlich Geschädigten annehmen muß, ist außerdem bezeichnend für die innerpolitische russische Lage und die tragende Rolle, die der Liberalismus dort spielt.

Eröffnung des bulgarischen Parlaments.

Sofia, 29. Juni. (W. B.) Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur. Die zweite außerordentliche Session der Sobranje wurde gestern nachmittag von dem Ministerpräsident Stodolow eröffnet, der im Namen des Königs die Thronrede verlas. Dort heißt es:

Die Notwendigkeit, das Budget und die Rechte für die kommenden sechs Monate zu bewilligen, gwingt zur Einberufung einer zweiten, außerordentlichen Session der Nationalversammlung. Damit die moderne Armee die große Befreiungsarbeit vollende und die wertvollen Erwartungen gegen den Feind schütteln, muß sie schon in dieser außerordentlichen Session der Nationalversammlung mit Mitteln bereichert werden, die für ihre Recht und Reibesatz unentbehrlich sind.

Hoffentlich bedeutet die Bezeichnung der Rechte auf 6 Monate, daß auch in Bulgarien die Herbeiführung eines Kriegsabschlusses in dieser Frist der schnelle Wunsch aller Streiter ist.

Der Stand der bulgarischen Finanzen.

Sofia, 29. Juni. (W. B. Nichtamtlich) Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur. Der Budgetentwurf, dessen Annahme durch die Sobranje bevorsteht, enthält ein Exposé über die Finanzlage Bulgariens. Darin geht hervor, daß das Geburtsjahr 1914 einen Zehntel von 20 Millionen und das Geburtsjahr 1915 einen solchen von etwa 60 Millionen ergeben hat, während das Geburtsjahr 1916 wahrscheinlich einen Abgang von etwa 100 Millionen aufweisen wird. Das Exposé sagt, daß die großen militärischen Ausgaben, die der Staatschub seit 4 Jahren macht, die durch den Krieg verursachte Vermehrung der ordentlichen Ausgaben und die Verringerung des Einnahmen das rasche Wachsen der Staatschuld verhindert habe, die Ende Mai die Summe von 1 897 756 972 Franken erreichte. Nach den bis Ende des Jahres 1916 vorgesehenen außerordentlichen Ausgaben und nach Bezahlung der in Deutschland erwachten militärischen Belastungen wird die Gesamtsumme 2 Milliarden übersteigen.

Das Verbot des „Berliner Tageblatts“.

Das „Berliner Tageblatt“ war bekanntlich vom Oberkommando in den Werken für Mittwoch den 28. Juni verboten worden. An der Spitze der Sonderausgabe bringt nun

in leicht erkennbarer Absicht an die deutsche Bucht heranzuschreiben.

Die Schlacht trägt den ausgesprochenen Charakter einer Begegnungsschlacht. Urtoufflärung hatte nicht stattgefunden. Die deutsche Flottenleitung war auf die Meldungen der Kreuzer und später auf eigene unmittelbare Wahrnehmungen angewiesen. Es darf angenommen werden, daß auch der englische Flottenführer die Anwesenheit deutscher Streitkräfte in seiner Nähe erst durch seine Kreuzer erfuhr.

Aus den Kampfhandlungen des 31. Mai haben sich deutlich vier Hauptkampfschichten heraus, die sich auf den Zeitraum von 4 Uhr 30 Minuten nachmittags bis 10 Uhr 30 Minuten abends verteilen.

Die äußeren Verhältnisse. Weiter, Sichtigkeit, Windrichtung und Beladung, die auf See die Waffenverwendung in noch höherem Maße beeinflussen als auf dem Lande, wechselten, abgeheben von dem Fortschreiten der Tageszeit im Verlaufe der Schlacht, nicht merklich. Während der erste Gefechtsabschnitt, die Kreuzerschlacht, durch Sonnenchein und klarer Wetter begünstigt war, breitete sich bei von Nordwest auf Südwest links drelegendem schwachen Wind ein allmählich sich verdichtender Durcheinander über das ganze Seegebiet, der Ausblick und Überblick, besonders während der letzten Phasen der Schlacht, nicht unerheblich erschwert. Die See blieb ruhig. Nur wurde durch die nach Hunderten zählenden und stundenlang mit höchster Fahrt und wechselnden Kurven laufenden Schiffe zeitweise eine lokale Dünung erzeugt, die selbst die großen Schiffe in langsame Bewegungen versetzte.

Die Schilderung der Ereignisse war an dem Punkte stehen geblieben, wo unsere Kreuzer auf zunächst fünf, dann acht kleine feindliche Kreuzer der Calliope-Klasse vorwärts marschierten. Der Feind, der mehrere Flottillen modernster großer Kreuzer bei sich führte, mich unseren kleinen Kreuzern der nochdrängenden II. Auflösungsgruppe, zunächst in nordwestlicher Richtung aus. 5 Uhr 20 Minuten nachmittags sichteten unsere Panzerkreuzer in West-Richtung. Bald darauf wurden schwerere Schiffe in zwei Kolonnen östliche Kurs steuern und erkannt.

Feuilleton.

Die Seeschlacht vor dem Skagerrak

am 31. Mai/1. Juni 1916.

Auf Grund amtlichen Materials.

I.

In den letzten Minuten verließ die deutsche Flotte ihre Heimathäfen. Auf der Fahrt, die sie dieses Mal nordwärts, in Richtung des Skagerraks führte, deutete nichts aufondere Sonderheiten hin. Es war kein Anhaltspunkt dafür gegeben, der die Anwesenheit des Feindes, gleichzeitig denn der ganzen englischen Flotte, vermuten ließ.

Blößlich, am 31. Mai etwa 4 Uhr 30 Minuten nachmittags, ging von den auf dem linken Flügel aufflairenden kleinen Kreuzern die Meldung ein, daß leichte feindliche Streitkräfte in Sicht seien. Wie ein Baum löste es sich von den Seelen. Es waren Minuten atemloser Spannung, als von allen Seiten des Horizonts kleine Kreuzer, Torpedoboote, Flottillen und schließlich die ihnen zur Unterstützung beigegebenen 5 Panzerkreuzer der I. Auflösungsgruppe, bestehend aus 5 Panzerkreuzern der „Dorfslinger“- und „Wolfe“-Klasse sowie von „Der Tann“, weiße Schaufässer vor dem in höchster Fahrt gehobenen Bug der Stelle zustürmten, an der der Feind gesichtet war. Bald bliebte wie Wetterleuchten am westlichen Horizonte das erste Mündungsfeuer der Geschütze unserer kleinen Kreuzer auf. Der ferne Donner rollender Salven kündete das nahende Gewitter.

„Alar Schiff zum Gefecht!“ Wer diesen schmetternden Ruf je gehört, wird den begeisterten Zauber des Augenblicks nie vergessen. Es könnte Todt erweden. In wenigen Minuten waren die letzten Vorbereitungen getroffen, und noch füreher, fliegendes Feuer standen die Besatzungen angetreten, wie in Reih und Glied.



Die Schlacht ist dann in diesem Gebiete auf einem etwa 30 Seemeilen (etwa 50 Kilometer) breiten Raum geschlagen worden. Von der englischen Küste liegt dieses Seegebiet nur wenig weiter ab als von Helgoland. Es ist notwendig, dies festzustellen gegenüber englischen Versuchen, das Schlachtfeld

des „Berliner Tageblatt“ folgende Verfügung des Oberbefehlshabers v. Kessel:

Das Erscheinen des „Berliner Tageblattes“ ist von mir wegen des in Nr. 223 veröffentlichten Artikels „Die Kriegsziele der sechs Verbündeten verboten worden. Dieser Artikel stellt infolge einer ungemein schämere Sichtung des Kriegsfeldes dar, als das ganze wirtschaftliche Organisations der jähre Vortwurf gemacht war, daß sie im Dienste „ganz einfacher Beuteinteressen der Kriegsfeueranten den Krieg bis ins Endlose fortgesetzt“ schen möchten.

Rothdem die Chefredaktion des „Berliner Tageblattes“ mit Schreiben vom 28. 6. 16 ihr Gehauzen über diese Veröffentlichung mit der Veröffentlichung ausdrücklich bat, in Zukunft den bestehenden Verhandlungen hinsichtlich der Wahrung des Kriegsfeldes noch bestem Erstaunen mehr als bisher nachzukommen, habe ich das Verbot des „Berliner Tageblattes“ hiermit wieder auf.

Ich erwarte, daß die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ der gemachten Ansage in Zukunft peinlich entsprechen wird und möchte die folgen etwaiger erneuter Ausverhandlungen aufmerksam. Dieses Schreiben ist an der Spitze der ersten wieder erschienenen Nummer im Wortlaut zu veröffentlichen.

Unsere Freunde wissen, daß das Berliner Blatt die Beweisung von den „Beuteinteressen“ lediglich im hypothetischen Sinne gebraucht hatte. Das „Berliner Tageblatt“ hoffte, daß sich aus der Veröffentlichung der Denkschriften ergeben sollte, ob nationale oder andere Beweggründe zu der Aufführung der bekannten Annexionsforderungen geführt hatten. In der Annexionsklausur — „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Tägliche Rundschau“ und insbesondere auch im „Deutschen Kurier“ — erhob sich gegen diese Wendung ein bestmögliches Gelächter, daß die zur Schau getragene Überentwickeltheit allein schon etwas verdächtig anmutete. Der Bund des „Berliner Tageblattes“, die Eingaben alle zu veröffentlichen, erscheint deshalb durchaus berechtigt. Eine freie Diskussion darüber würde sehr bald die gewünschte Klärung herbeiführen.

Außerdem ist ja bekanntlich auch der Reichskanzler weit von der Denkschrift der sechs Wirtschaftsverbände abgerückt. Es wäre doch sehr wünschenswert, daß die unabhängige deutsche Presse diese erfreuliche Haltung des Reichskanzlers durch weitere Kritik der bekannten Annexionsangabe unterstreichen könnte, ohne daß ihr dabei die Preszensur in den Armen fällt.

Die Aufgabe der Z. E. G.

Die Zentral-Einkaufs-Genossenschaft in Berlin wehrt sich mit erfreulicher Frische und Entschiedenheit gegen die Angriffe aus Großhandelskreisen. Außerdem sie die Vorwürfe des Bürgermeisters Dr. Kühl zurückgeworfen, der sich zum Sprecher jener Angriffe gemacht hatte, erklärt sie grundsätzlich durchaus richtig:

„Sobald können wir nur versichern, daß nach den gemachten Erfahrungen die Einfahrt aus dem Ausland nicht verringert, sondern sowohl nach Rente wie nach Preisstellung zu unserem Vorteil entweder hat. Zudem ist erst durch die Straße Durchführung der Zentralisierung eine gleichmäßige Verteilung der eingeführten Lebensmittel ermöglicht worden. Die Zulassung einzelner Kommunen und einzelner Kaufleute zum Einkauf neben der Z. E. G. würde die Einfahrmen nicht erhöhen, wohl aber die Preise ohne wirtschaftliche Notwendigkeit in die Höhe getrieben haben. Wo immer von einem ausländischen Großhändler behauptet wird, eine zur Einfahrt durch einen Privaten nicht freigekommene Menge sei der deutschen Versorgung überhaupt entzogen, weil die Lieferanten ihre Ware lieber nach England als an die Z. E. G. abzuholen pflegen, wird man bei der Würdigung einer solchen Behauptung folgende Umstände nicht außer Acht lassen dürfen: Es ist verständlich, daß einige ausländische Lieferanten es vorziehen, nicht mit einem organisierten Abnehmer, sondern mit einer Vielzahl von konkurrierenden Kaufleuten zu verhandeln, die sich gegenseitig ausspielen lassen. Diese Stimmlaum veranlaßt sie, jene unbewiesenen und wahrscheinlich überhaupt unbemerkbaren Behauptungen in Deutschland zu verbreiten, um gegen das ihnen unbekannte System der Zentralisierung auch in Deutschland eine feindliche Stimmung zu erzeugen. Die deutsche Leistungsfähigkeit hätte sich selbst einen schlechten Dienst, wenn sie diese Behauptungen für bare Münze halten und damit die besonderen Zwecke ihrer Urheber: die Durchsetzung der ein-

heitlichen deutschen Einkaufs- und Preispolitik zum Schaden der deutschen Einfahrt fördern würde.“

Diesen Grundsätzen kann man durchaus zustimmen. Zu wünschen bleibt nur, daß sich die Z. E. G. die größte Beweglichkeit bei ihrer Durchführung aneignet.

Ludwig Frank — der Verräter.

st. An demselben Augenblick, in dem durch die sozialdemokratische Presse ein sympathischer Aufruf geht, der zur Einigkeit und Verbündtheit ermahnt, ist in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Verbandes Groß-Berlin das Wort vom Verräter Frank gesprochen worden. Kurz zuvor hatte sich die Versammlung zu Ehren ihrer verstorbenen Mitglieder erhoben. Ludwig Frank war kein Mitglied von Groß-Berlin, also in diese Ehrung nicht miteingekehrt. Ludwig Frank war kein Mitglied von Groß-Berlin, und darum hat es wohl auch niemand für nötig gehalten, gegen diese Beschimpfung eines Toten zu protestieren. Widerstreitlos, mit eindeutiger Zustimmung hat man die Ausführungen eines Neuföllauer Vertreters namens Barth angehört, der den „Vorwärts“ deshalb angeföhrt, weil er nach dem Tode Frank einen Nachruf mit schwärztem Band veröffentlicht hatte. Frank, das erfahren wir jetzt, hat diesen Nachruf und diesen Trauertag nicht verdient, denn er war ein Verräter und wurde wohl am besten, ginge es nach der Meinung des Delegierten Barth und der ihm Gleichgesinnten, einer schimpflichen Vergeltetheit anheimfallen.

Das soll hier festgestellt sein, nicht um Jeden gegen den Verfechter des Wortes zu erregen oder gar Frank gegen die Beschimpfungen von irgend jemand in Schuß zu nehmen; es soll festgestellt sein in ehelicher Trauer, um zu zeigen, wie tief die Kluft geworden ist, welche die Freunde schöpft. Meinungsverschiedenheiten über das, was im Augenblick zu tun notwendig ist, sollen nicht zu unverhüllten Gegenseitigen ausgebauscht werden; wo aber willkürliche unüberblickebare Gegenseitige bestehen, da soll man sie nicht verschleiern und verschütten, sondern aufzeigen und austrogen.

Frank, das darf wohl auch einer seiner Freunde aussprechen, hat für den Ausbau der sozialistischen Internationale und für den Schutz des Weltfriedens mehr geleistet als irgend ein Mitglied der sonst natürlich sehr adhäsionswerten Berliner Verbandsversammlung. Er hat nicht nur — das war sein Glück — mehr können und Wissen für dieses hohe Ziel eingesetzt, sondern vielleicht auch mehr Kraft und Begeisterung, und das war sein Verdienst. Er war der Schöpfer der Verner Konferenzen, in deren Hintergrund er höchst vorsichtig gehalten hat, weil sie nicht der Person, sondern der Sache dienen sollten. Als selber Mann, mit Arbeitsbüchern überhäuft, schrie er die Stunden der Nacht daran, um die Lücken in seiner Kenntnis der englischen Sprache auszufüllen, und nie haben ihm seine Freunde glücklicher geschafft als an dem Tage, an dem er ihnen erzählte, er habe den Londoner Arbeitern die Friedenswünsche ihrer deutschen Kameraden in gutem Englisch übermitteln können. Wo es galt, der Internationale und dem Frieden zu dienen, war keiner schaffensfreudiger als er.

Dann kam der Weltkrieg, und Frank stellte sich freiwillig. War es recht, war es unrecht? Vielleicht hätte er gebüldig warten sollen, bis die Reihe an ihm war! Bürgerliche Blätter lästerten die ältere Männer auf, er hätte den Krieg, als erster Sozialdemokrat und Jude — Feindant zu werden. Da schied Frank einem sozialdemokratischen Journalisten einen sonnigen Brief, in dem er ihn bat, solchen blöden Ausstreuungen entgegenzutreten. Der Genoss seines freiwilligen Eintritts in das Heer sei doch klar: „Ich will durch die Tat beweisen, daß es uns Sozialdemokraten mit der Pflicht der Landesverteidigung ernst ist.“

Das hat Frank für sein Volk durch seine Tat, mit seinem Blute bewiesen, indem er freiwillig als Januarier angleich mit seinen Kameraden Arbeitssammelordnern hinausging, kämpfte und fiel.

Er war nicht der einzige, der so handelte, und vielleicht in zugunsten seiner — sagen wir — Mitkämpfern, ein Wort erlaubt, das sie dem Verständnis andererender näher bringt. Diese Männer waren von dem Gedanken geplagt, werum sie es dachten so gut haben sollten, während Millionen ihrer Brüder draußen blutig litten, und dieser Gedanke bedrängte sie so lange, bis sie mit den andern in Reih und Glied standen; erst dann fühlten sie sich in ihrem sozialen Gewissen beruhigt. Bei anderen war es wieder mehr die politische Überzeugung, die zu ihnen sprach: „Mit unserem Blut werden wir die Freiheit im Innern schaffen helfen, dem Aufstieg der Arbeiterklasse den Weg freimachen.“

Sie dachten die sozialdemokratischen Kriegsfreiwilligen. Vielleicht darüber wird erst die Zukunft entscheiden — dachten sie falsch. Aber mit Kurrenzpolitismus, den ihnen enge Geister zuschreiben, hatte ihr Verhalten nichts zu tun; von ihm unterschied es sich wie die zweite Monalisafigur von der mutigen Tat.

Als Frank fiel, war die ganze Arbeiterschaft einig in der Trauer um den Verlust dieses Mannes. Rüst nur der „Vorwärts“, auch die Pariser „Humanité“ würdigte ihm Worte ehrenden Gedenkens. Seitdem ist aber eine neue Orientierung in einem Teil der Partei aufgetreten, die entdeckt hat, daß das — von unseren alten Führern unzähligemal ausgeprobte — Prinzip der Pflicht der Landesverteidigung krasser Prinzipienverstoß ist, und die jedenstandhaft und stolz, der wie Frank zeigen will, daß es uns mit unserem Kennnis zur Landesverteidigung Ernst ist.“

Im Herbst 1914 hätte jede Arbeiterversammlung, auch im radikalsten Bielefeld Berlins, das Wort vom „Verräter Frank“ mit einem einstimmigen Schrei der Empörung beantwortet. Daz man es heute in einer Groß-Berliner Verbandsdelegiertenversammlung überprahlös sogar unter Beifall aussprechen kann, zeigt einen gewissen Fortschritt, auf den die, die ihn gewollt haben, stolz sein mögen. Hier hat sich eine Kluft nicht allein der Überzeugung, sondern auch des einfachen menschlichen Empfindens aufgetan, über die kein Sieg führt.

Die Kriegsrecht verherrlichen, haben keine Gerechtigkeit für jene anderen, die mit gleicher Überzeugungsliebe und unter nicht geringerer Geschäft für das eintreten, was sie in dieser furchtbaren schweren Zeit als das Beste für die Arbeiterschaft zu erkennen glauben. Ihr Verherrnungstreibe macht selbst vor Gedanken nicht halt.

Welt liegt das Trümmerfeld des Patriarchates vor uns. Aber nichts soll uns in der Hoffnung erschüttern, daß die deutschen Arbeiter noch einmal auf dem Boden errichten werden, den Frank und ungeahnte andere mit ihrem Blute gerüngt haben.

Die Kluft, auf welche im vorliegenden Artikel unseres Berliner St. Mirabellets Bezug genommen ist, wurde von einem Vertreter von Bielefeld, nämlich dem Vertretergenossen Barth, gehalten. Nach dem vorliegenden genaueren Bericht über die Groß-Berliner Generalversammlung hörte Genosse Barth folgendes aus:

„Wenn nach Eugen Genf bei Kriegsausbruch die meisten Fahnen in den Arbeitsschichten wehten — ja warum? Das ist kein Wunder, wenn man oben propagiert wird, daß es sich um einen Krieg für die nationale Kultur handle! Viel trostloser als alle Arbeitseinigungen war der Kappel des „Vorwärts“ für einen Mann, der jahrelang erklärt hatte: „Arbeiter aller Länder vereint euch!“, der aber in der Stunde, wo dieser heiligste Kampftag in die Tat umgesetzt werden sollte, erklärte: „Was kommt uns Arbeiterschaft aller Länder, vereint euch!“, wie Arbeiterschaft aller Länder, schrie auch die Gurgeln ab! (Ein einzelner Punkt von der Tribüne.)

Er hat sich freiwillig gemeldet, er hat, was ihm so lange heilig und teuer war, schamlos verraten. Zum Dank dafür hat man ihm einen schwungvollen Leitorfiebel mit Transversal im „Vorwärts“ gewidmet. (Unterhalt.) Er hat mit liegenden Fahnen alles verloren. Da sollte man auf Proletariat, die die Zusammenhänge nicht verstehen, nicht Steine werfen, weil sie die Dummköpfe der Führer nachgemacht haben! Eine solche Bezeichnung hat ja auch selbst Redebout begangen, als er bei der „Bataillon“-Sache gegen ein internationales Schiedsgericht sprach, wo endlich Gelegenheit war, die Fahnen wieder anzulippen. Der lobhudende Artikel für den Verräter Frank, dieses Vorgehen Redebouts und dergleichen, führen die Partei in den Kampf der Dummköpfe hinein. Deswegen aus diesem Kampf, Krieg dem Kriege!“

Aus der Partei.

Den Aufruf zur Einigung

bringt der „Vorwärts“ folglos versteckt auf der letzten Seite mit der trockenen Bemerkung: „Wir werden von Genossen Adolf Braun um Aufnahme folgenden Aufrufes erachtet“, und die Leipzigische Volkszeitung bestieß ihm folglich die Worte an: „Verfehlte Reichsrichtungspolitik“ und als Ausgabe des Tages bezeichnet sie: „Heute gibt es nichts zu vermitteln, jetzt gilt es, Partei zu nehmen. Jetzt gilt es, den in wilder Mut drauslos peitschenden Zentren des Parteiwalles in die Fügel zu fallen. Das ist die Aufgabe der Stunde.“ Das Gebot der Zeit also: „Bruderklampf und Selbstgerichtsleistung!“ Da werden die werten Worte dieses Aufrufes freilich wenig fruchtbar.

Dem Aufruf, den wir in unserer Samstagnummer veröffentlicht haben, sind eine Reihe von weiteren Vertretergenossen beigetreten, und zwar:

Auer, Eberhard (München). Bartels, Ludwig (Cottbus). Bauder, Oskar (Cottbus). Dars, Reinhard (Breslau). Ditt, Hans (Nürnberg). Dresdner, Franz (Bielefeld). Dorn, Konrad (Nürnberg). Eichels, Arvid (Würzburg). Fischer, Emil (Strasburg i. El.). Franke, Bruno (Södingen). Geiß, Julius (Danzig). Gentner, Hans (Bogen). Germann, Axel (Nürnberg). Högl, Heinrich (Kempten). Görlitz, Georg (Wülfhausen i. Th.). Huber, Josef (Ludwigsfelde). Hündrich, Oskar (Rüstringen i. Olden). Kämmer, Paul (Nürnberg). Kast, Georg (Offenbach). Kettel, Philipp (Bremen). Körner, Bruno (Ludwigsfelde). Leber, Hermann (Hera). Morawski, Ado (Wülfhausen i. Th.). Mackwald, Hans (Duisburg). Neulrich, Emil (Breslau). Nimmerfall, Hans (München). Pödelmann, Ludwig (München). Pfeiffer, Friedrich (Ludwigsfelde). Reichs, Paul (Gefurt). Rennert, Ludwig (Augsburg). Rudolf, Albert (Hera). Ruppenthal, Andreas (Erlangen). Säcker, Alois (Sonneburg). Schädel, Albert (Bielefeld). Schaal, Hugo (Södingen). Scherzer, Arvid (Nürnberg). Schirmer, Georg (Nürnberg). Schmid, Eduard (Würzburg). Schmitt, Franz (München). Schrey, Karl (Bielefeld). Schütz, Oskar (Breslau). Seeringer, Karl (Bielefeld). Simon, Georg (Augsburg). Timm, Johannes (München). Trenz, Martin (Nürnberg). Walther, Max (Nürnberg). Wolf, Gustav (Breslau). Zenger, Adolf (Bielefeld). Zorn, Georg (Nürnberg). Unter Vorbehalt stimmen zu: Bartel, Adolf (Danzig). Beus, Heinrich (Dessau).

Dermischte Kriegsnachrichten.

Noch der Berliner „Vorwärts“ waren dieser Tag die Vorstände aller in Berlin domicilierten Eisenbahnerverbände (zirka 30 an der Zahl) amtlich zur Eisenbahndirektion Berlin geladen worden, die ihre anstrengendste Behörde darstellt. Dort sei ihnen durch den Direktionspräsidenten im Auftrage des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten eröffnet worden, daß die Verwaltung und Regierung mit dem Verhalten vieler Verbände in letzter Zeit höchst ungünstig seien. Insbesondere überkreuzte die Kritik an den Lebensmittelmarknahmen in der Regierung jedes Mal. Die Staatsseelsowjetwaltung werde daher in Zukunft die Verbände dienlich zur Verantwortung ziehen. Es wäre gut, wenn sich die Regierung zu dieser Angelegenheit äußern und die Offizialität darüber ausspielen wollte, was sie mit den Eisenbahnern verhandelt hat.

Zu den Oberpräsidentenposten von Preußen wird Landeshauptmann v. Berg als Nachfolger des Herrn v. Bododt gekannt. Herr v. Berg war früher im Bediener-Zivilbeamten des Kaiserreichs tätig.

Die „Rhein. Ztg.“ schreibt unter der Überschrift „Nach mehr deutl. die Kriegsgefangene nach Algerien“: Nach der „Dépêche Coloniale“ vom 20. d. M. hat das Generalgouvernement in Algerien beim französischen Kriegsministerium die Weiterleitung weiterer deutscher Kriegsgefangener zu Wohnhäusern in Algier längst und der Kriegsminister dies im Grunde zugestellt. Wenn das zutrifft, müßte Deutschland energisch einschreiten.

Finanzminister Ritter hat die Einkommensteuerkommission des französischen Senats inständig gebeten, das Einkommensteuerrecht neu zu ordnen. Die Senatorkommission beschloß aber, für die Industriellen und Handelsgewinne des Systems der Gewerbesteuern mit gewissen Verbesserungen aufzuschütteln. Infolgedessen dieses Beschlusses hat der Berichterstatter Almond sein Amt niedergelegt.

Die seit längerem geführten Verhandlungen zwischen norwegischen, französischen und englischen Banken sind durch den Abschluß einer französischen Anleihe von 25 Millionen und einer englischen Anleihe von 40 Millionen Kronen beendet. Man hofft in England und Frankreich, dadurch den englischen und französischen Gelden in Norwegen einen sichereren Nutzen zu verschaffen.

Der russischen Duma gingen Gesetzesvorhaben zur Billigung von 800 Millionen Rubel ähnlich für den Neubau von Eisenbahnlinien zu, jenseit einer Steuerabgabe des Finanzministers, der eine allgemeine Vermögenszumessung von 30 Prozent, ferner Steuern auf Güter und Dienstleistungen, sowie eine Erhöhung der Totalitätssteuer, der Equipagen- und Autofeverbuchtung.

Weitere 50.000 chinesische Arbeiter sind im europäischen Rußland eingetroffen.

Bank „Komj. Bremia“ liegt König Peter von Serbien in der Krone an.

Vor drei Wochen wurde gemeldet, daß in Turin das italienische Zivilliegericht M. o. das eben seine Präsidentschaft beendet hatte und die erste Kriegsjustiz machen sollte, explodiert sei. Nun geben Berichte von der italienischen Grenze zu, daß das Justizschiff durch ein Flugzeug zerstört wurde, das in voller Fahrt die Wasserbüchse entzündete und das Gas zur Explosion brachte, wodurch 20 Mann der Luftschiffabteilung getötet wurden.

Nach einer Meldung der „Agence d'Athènes“ veröffentlicht das griechische Amtsblatt das Dekret über die allgemeine Demobilisierung, sowie die Ernennung von Oberst Zimberis zum Polizeipräfekten von Athen.

Trauring-Eck

Frankfurts grösstes Trauringgeschäft

Fr. Pletzsch

31. Februar 1916

Ecke Tongengasse vis-à-vis der Basengasse

Enormes Lager in Uhren, Goldwaren.

Gravieren, Enger- und Weitermachen gratis.



